

Schriften zur Rechtsgeschichte

Band 198

# Die juristische Abwicklung von (Teil-)Einrichtungen und von Unternehmen der ehemaligen DDR

Eine deskriptive Analyse am Beispiel der Hochschulauflösung  
auf Grundlage von Art. 13 Abs. 1 Satz 4 EinigungsV und  
eine exemplarische Analyse am Beispiel der Interflug  
unter Berücksichtigung der Rechtsprechung und  
der zeitgenössischen Literatur

Von

Armin Teymouri



Duncker & Humblot · Berlin

ARMIN TEYMOURI

Die juristische Abwicklung von (Teil-)Einrichtungen  
und von Unternehmen der ehemaligen DDR

Schriften zur Rechtsgeschichte

Band 198

# Die juristische Abwicklung von (Teil-)Einrichtungen und von Unternehmen der ehemaligen DDR

Eine deskriptive Analyse am Beispiel der Hochschulauflösung  
auf Grundlage von Art. 13 Abs. 1 Satz 4 EinigungsV und  
eine exemplarische Analyse am Beispiel der Interflug  
unter Berücksichtigung der Rechtsprechung und  
der zeitgenössischen Literatur

Von

Armin Teymouri



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg  
hat diese Arbeit im Jahre 2020 als Dissertation angenommen.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2021 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Satz: 3w+p GmbH, Rimpau  
Druck: CPI buchbücher.de gmbh, Birkach  
Printed in Germany

ISSN 0720-7379  
ISBN 978-3-428-18237-4 (Print)  
ISBN 978-3-428-58237-2 (E-Book)

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☺

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

## **Danksagung**

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2020 von der Juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg als Dissertation angenommen. Die Disputation fand am 15.07.2020 statt.

Diese Arbeit hätte ohne die Unterstützung zahlreicher Personen nicht verfasst werden können.

Mein größter Dank gilt meinem Doktorvater und Erstgutachter, Herrn Prof. Dr. Steffen Schlinker, der mich in unvergleichlicher Art und Weise sowohl fachlich als auch persönlich unterstützt hat. Seine wertvollen Hinweise und Ratschläge haben maßgeblich zum Gelingen meiner Arbeit beigetragen. Er hatte stets ein offenes Ohr und gewährte mir wissenschaftlichen Freiraum. Für diese uneingeschränkte Unterstützung möchte ich mich von ganzem Herzen bei ihm bedanken.

Ein großer Dank gilt auch Herrn Prof. Dr. Kyrill-Alexander Schwarz für die außerordentlich schnelle Erstellung des Zweitgutachtens.

Die Dissertation wurde zudem durch ein Begabtenstipendium der Hanns-Seidel-Stiftung aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. In dieser einzigartigen Zeit durfte ich meinen fachlichen Horizont erweitern und neue Freunde gewinnen. Für die großzügige ideelle und finanzielle Förderung möchte ich mich vom ganzen Herzen bedanken. Ein besonderer Dank gilt hierbei Herrn Prof. Hans-Peter Niedermeier und Herrn Dr. Michael Czepalla für die großartige Betreuung und Unterstützung ihrer Stipendiat\*innen.

Zudem bedanke ich mich herzlich bei der FAZIT-Stiftung für die großzügige finanzielle Unterstützung meiner Arbeit durch einen Druckkostenzuschuss.

Ich bedanke mich außerdem bei Herrn Bundestagspräsidenten Dr. Wolfgang Schäuble und bei Herrn Staatsminister a.D. Prof. Dr. Hans-Joachim Meyer dafür, dass sie mir als Interviewpartner zur Verfügung standen und mir wertvolle Einblicke in die Zeit der deutschen Einheit gegeben haben.

München, im Mai 2021

*Armin Teymouri*



# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung .....</b>	19
A. Hinführung zum Thema .....	19
B. Stand der Forschung .....	21
C. Forschungsanliegen .....	24
D. Eingrenzung der Thematik .....	26
E. Quellenlage .....	28
F. Gang der Untersuchung .....	29
<i>Erster Teil</i>	
<b>Abwicklungsregelungen im Einigungsvertrag</b>	33
§ 1 Systematik der Abwicklungsregelungen im Einigungsvertrag .....	33
A. Geschichte des Einigungsvertrages .....	33
B. Abwicklungsregelungen im Allgemeinen Teil .....	36
C. Abwicklung in Form von Ergänzung und Änderung bestehenden Bundesrechts bzw. durch neu in Kraft tretende, gesetzliche Abwicklungsvorschriften in den Anlagen zum EinigungsV .....	39
I. Ergänzung bereits bestehenden Bundesrechts .....	39
II. Neu in Kraft tretende Gesetze zur Abwicklung .....	39
D. Modifizierung bestehender Abwicklungsregelungen .....	40
E. Zwischenergebnis .....	41
§ 2 Zur Begriffsbestimmung der Abwicklung .....	41
A. Der Abwicklungs- bzw. Auflösungsbegriff in der deutschen Rechtsordnung ..	41
I. Grundgesetz .....	41
II. Gesellschaftsrecht .....	42
III. Einigungsvertrag .....	43
B. „Abwicklung“ im Sinne von Art. 13 Abs. 1 Satz 4 Einigungsvertrag .....	43
I. Entwicklung der Rechtsprechung .....	43
II. Rechtsauffassung der zeitgenössischen Literatur .....	45
III. Stellungnahme .....	46
C. „Abwicklung“ im Sinne des Art. 25 EinigungsV in Verbindung mit dem Treu- handgesetz .....	47

§ 3 Zusammenfassung und Schlussfolgerung .....	49
--	----

*Zweiter Teil*

<b>Hochschulauflösung auf Grundlage von Art. 13 Abs. 1 S. 4 EinigungsV</b>	<b>51</b>
§ 4 Die Entwicklung der Hochschuleinrichtungen in der ehemaligen DDR bis zum Zeitpunkt der Auflösung .....	51
A. Der Weg der Hochschulen zur „sozialistischen Einrichtung“ .....	51
I. Erste Hochschulreform .....	54
II. Zweite Hochschulreform .....	54
III. Dritte Hochschulreform .....	55
1. Organisationsstrukturen der Hochschulen .....	55
2. Forschung .....	56
3. Ausbildung .....	57
a) Erleichterter Hochschulzugang .....	57
b) Verquickung von Wissenschaft und Wirtschaft .....	57
c) Wesentliche Gesetze und Verordnungen .....	58
B. „Wende“ in der Hochschullandschaft im Zuge der friedlichen Revolution? .....	61
I. Aufhebung ideologischer Gesetze .....	61
II. Vorläufige Hochschulverordnung .....	63
C. Vorbereitungsmaßnahmen zur teilweisen Abwicklung im Vorfeld der Wiedervereinigung .....	65
I. Gründung der Gemeinsamen Bildungskommission .....	66
II. Empfehlungen der Kultusministerkonferenz .....	68
III. Zwischenergebnis .....	70
§ 5 Die Abwicklung von Institutionen als Gegenstand von Gerichtsverfahren .....	71
A. Die Auflösung von Hochschulen .....	71
I. Deutsche Hochschule für Körperkultur .....	71
II. Hochschule für Ökonomie .....	74
III. Zentrale Hochschule für leitende Funktionäre der Landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften .....	75
IV. Zusammenfassung .....	76
B. Die Abwicklung einzelner Sektionen .....	77
I. Humboldt-Universität zu Berlin .....	77
II. Karl-Marx-Universität Leipzig .....	78
1. Sektion Marxismus-Leninismus .....	78
2. Sektion Journalistik .....	78
III. Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg .....	79
IV. Friedrich-Schiller-Universität Jena .....	80

V. Pädagogische Hochschule Erfurt/Mühlhausen .....	80
C. Sonstige .....	80
I. Abwicklung des Ministeriums für Wirtschaft der ehemaligen DDR .....	81
1. Klage auf Feststellung der Überführung .....	81
2. Verfassungsbeschwerde gegen die „Warteschleifenregelung“ .....	82
II. Staatliches Tanzensemble der ehemaligen DDR .....	82
III. Bezirksinstitut für Blutspende- und Transfusionswesen .....	83
IV. Tierpark Berlin-Friedrichsfelde .....	84
D. Zwischenergebnis .....	84
 § 6 Die Anwendbarkeit des Art. 13 Abs. 1 S. 4 EinigungsV auf die Hochschulen .....	85
A. Juristische Auflösung der Einrichtungen kraft Wirksamwerdens des Beitriffs? .....	85
I. Auffassung der Rechtsprechung .....	85
II. Auffassung der Literatur .....	86
III. Stellungnahme .....	87
B. Art. 13 Abs. 1 Satz 4 EinigungsV im Spannungsfeld des Selbstverwaltungsrechts der Hochschulen .....	88
I. Ablehnende Haltung des KreisG Dresden .....	88
II. Gegenteilige Rechtsaufassungen .....	89
III. Stellungnahme .....	89
C. Art. 38 EinigungsV als lex specialis hinsichtlich der wissenschaftlichen Einrichtungen? .....	90
I. Teilweise vertretene Auffassung der zeitgenössischen Literatur .....	90
II. Gegenteilige Auffassungen .....	91
III. Stellungnahme .....	92
D. Zwischenergebnis .....	93
 § 7 Die Rechtsnatur der Abwicklungsentscheidung .....	94
A. Die zentrale Bedeutung der Rechtsnatur der Abwicklungsentscheidung im Rahmen des Abwicklungsprozesses .....	94
I. Auswirkungen auf Fragen des Verfassungs-, Verwaltungs- und des Prozessrechts .....	94
II. Die Problematik der Außenwirkung im Sinne von § 35 VwVfG bei Abwicklung öffentlicher Einrichtungen .....	95
B. Analyse der gerichtlichen Entscheidungen im Zeitabschnitt von Februar 1991 bis Juni 1991 .....	97
I. Annahme eines Verwaltungsakts aufgrund der Beeinträchtigung des Selbstverwaltungsrechts der Hochschuleinrichtungen .....	97
II. Einstufung der Abwicklungsentscheidung als Ablehnung einer begünstigenden Maßnahme durch das VG Berlin .....	99
III. Beurteilung der Rechtsnatur durch das BVerfG im sog. Warteschleifenurteil 100	
IV. Stellungnahme .....	100

V. Zwischenergebnis .....	102
C. Analyse der gerichtlichen Entscheidungen im Zeitabschnitt von Juni 1991 bis Juli 1994 .....	102
I. Ablehnung des Verwaltungsakts aufgrund fehlender intendierter Wirkung .....	102
II. Ablehnung eines Verwaltungsakts aufgrund der Unmöglichkeit der Bekanntgabe am 03.10.1990 .....	104
III. Gegensätzliche Auffassung des KreisG Leipzig-Stadt .....	105
IV. Beurteilung durch das BVerwG .....	107
1. Sinn und Zweck des Art. 13 Abs. 1 Satz 4 EinigungsV als aufgabenorientierte Entscheidung .....	107
2. Die Entlastung der öffentlichen Hand als Regelung des Art. 13 Abs. 1 Satz 4 EinigungsV? .....	108
3. Auslegung der Gesetzesystematik .....	108
4. Telos des Gesetzes .....	108
5. Zwischenergebnis .....	109
V. Schlussfolgerungen: Auflösung kraft Nicht-Überführung .....	109
VI. Stellungnahme .....	110
1. Die schnelle Wiedervereinigung als Leitmotiv der Verhandlungspartner .....	110
2. Wirtschaftliche Krise der DDR .....	111
3. Zwischenergebnis .....	113
VII. Zwischenergebnis .....	113
D. Untersuchung der Rechtsauffassung der zeitgenössischen Literatur .....	114
I. Die Abwicklungsentscheidung als verwaltungsinterne Maßnahme .....	114
II. Die Abwicklungsentscheidung als Verwaltungsakt .....	115
III. Stellungnahme .....	118
IV. Zwischenergebnis .....	119
E. Zur Interpretation des Warteschleifenurteils des BVerfG in der Rechtsprechung und in der zeitgenössischen Literatur .....	119
I. Bindungswirkung des Richterspruchs nach § 31 Abs. 1 BVerfGG? .....	120
II. Rechtsprechung .....	121
1. Ableitung eines Verwaltungsakts durch das KreisG Leipzig-Stadt .....	121
2. Überwiegend ablehnende Haltung gegenüber der Annahme eines Verwaltungsakts .....	121
3. Auffassungen in der zeitgenössischen Literatur .....	122
F. Zwischenergebnis .....	122
§ 8 Die Tatbestandsvoraussetzungen für die Auflösung wissenschaftlicher Einrichtungen .....	123
A. Einrichtung im Sinne des Art. 13 Abs. 1 Satz 1 EinigungsV .....	124
I. Einrichtungen bzw. Teileinrichtungen im Sinne des Art. 13 Abs. 1 EinigungsV im Allgemeinen .....	124
II. Die Hochschuleinrichtungen als abwicklungsfähige (Teil-)Einrichtungen .....	125

III. Zwischenergebnis .....	126
B. Der Funktionswegfall als Voraussetzung der juristischen Auflösung .....	126
I. Die extensive Auslegung des Begriffs „Funktionswegfall“ im Fall der Neugründung nach Auflösung .....	128
1. Auffassung des VG Berlin .....	128
2. Kritik .....	129
3. Stellungnahme .....	130
II. Enge Auslegung des Funktionswegfalls .....	130
III. Stellungnahme .....	132
C. Zur Abgrenzung von Auflösung, Überführung und vorläufiger Fortsetzung .....	133
I. Vorläufige Fortführung einer Einrichtung mit dem Ziel ihrer Auflösung ..	133
II. Wesentliche inhaltliche Änderung von Forschung und Lehre .....	135
III. Auswirkungen der Privatisierung einer ehemaligen Einrichtung der öffentlichen Verwaltung .....	136
IV. Übernahme einer Vielzahl von Arbeitnehmern einer abzuwickelnden Einrichtung .....	136
D. Zwischenergebnis .....	137
 § 9 Das Verfahren der Abwicklung .....	137
A. Rechtsauffassung der Rechtsprechung, welche den Abwicklungsbescheid nicht als Verwaltungsakt einstuft .....	138
B. Rechtsauffassung der Rechtsprechung, welche den Abwicklungsbescheid als Verwaltungsakt einstuft .....	139
C. „Freiwillige“ Anhörung am Beispiel des Landtages von Sachsen-Anhalt .....	140
D. Stellungnahme .....	141
E. Zwischenergebnis .....	141
 § 10 Eine Untersuchung der Abwicklung unter verfassungsrechtlichen Aspekten .....	142
A. Gesetzgebungscompetenz des Bundes im Rahmen des Art. 13 Abs. 1 Satz 4 EingangsV .....	142
I. Bundeskompetenz kraft Natur der Sache .....	142
II. Neuordnung der Forschungslandschaft als überragend wichtiges Gemeinschaftsgut .....	143
III. Stellungnahme .....	144
IV. Zwischenergebnis .....	144
B. Zur Vereinbarkeit der Abwicklung mit der Wissenschaftsfreiheit aus Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG .....	144
I. Die Frage der Grundrechtsfähigkeit der Sektion .....	145
II. Zur inhaltlichen Reichweite des Art. 5 Abs. 3 GG .....	146
1. Das Selbstverwaltungsrecht der Universitäten als Ausfluss des Art. 5 Abs. 3 GG .....	146

2. Institutionelle Garantie aus Art. 5 Abs. 3 GG? .....	146
a) Rechtsposition der Literatur und Rechtsprechung im Allgemeinen ..	146
b) Rechtsauffassung der Rechtsprechung .....	147
III. Stellungnahme .....	148
IV. Zwischenergebnis .....	149
C. Zwischenergebnis .....	150
 § 11 Eine Untersuchung prozessualer Fragen im Rahmen der Abwicklung .....	151
A. Klageerhebung durch die abzuwickelnde Einrichtung .....	151
I. Zur Frage der statthaften Klageart .....	151
1. Entwicklung der Rechtsprechung .....	151
a) Analyse des Zeitabschnitts Februar bis Dezember 1991 .....	151
b) Analyse des Zeitraums ab Juni 1992 .....	152
2. Zwischenergebnis .....	152
II. Zur Klagebefugnis der abzuwickelnden Einrichtung .....	153
1. Rechtsposition aus Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG .....	153
2. Selbstverwaltungsrecht der Hochschule bzw. der Sektion .....	153
3. Zwischenergebnis .....	153
III. Zur Beteiligungsfähigkeit .....	153
1. Rechtliche Stellung der Sektionen und der Fachbereiche der Hochschulen der ehemaligen DDR .....	154
a) Qualifikation als eigenständige Gliedkörperschaft durch das KreisG Halle .....	154
b) Qualifikation als unselbständige Einheit durch das BezG Magdeburg	155
2. Rechtliche Stellung der Fachbereiche der Hochschule der ehemaligen DDR .....	155
3. Zwischenergebnis .....	156
IV. Stellungnahme .....	156
V. Zwischenergebnis .....	157
B. Klageerhebung durch die Arbeitnehmer gegen die Abwicklungsentscheidung gemäß Art. 13 Abs. 1 Satz 4 EinigungsV .....	157
I. Zur statthaften Klageart .....	157
1. Rechtsauffassung der zeitgenössischen Literatur .....	157
a) „Doppelte“ Prüfungsmöglichkeit .....	157
aa) Zuständigkeit des Arbeitsgerichts § 2 Abs. 1 Nr. 3 ArbGG .....	158
bb) Zuständigkeit des Verwaltungsgerichts nach § 40 Abs. 1 VwGO	159
b) Zwischenergebnis .....	159
2. Entwicklung der Rechtsprechung .....	160
a) KreisG Leipzig-Stadt, Urteil v. 12.06.1991 – I K 31/91 .....	160
b) OVG Berlin, Beschluss v. 02.12.1991 – 4 S 36/91 .....	160

c) BVerwG, Urteil vom 12.06.1992 (7 C 5/92) .....	161
aa) Unzulässigkeit der Anfechtungs-, Verpflichtungs- und Leistungs- klage .....	161
bb) Unzulässigkeit der Feststellungsklage .....	161
d) BAG .....	162
3. Zwischenergebnis .....	162
II. Zur Klagebefugnis bzw. zum Feststellungsinteresse .....	163
III. Zur Beweis- und Darlegungslast der Abwicklung und Überführung .....	163
1. Generelle Beweispflicht des Arbeitnehmers .....	163
2. Korrektur durch das BVerfG .....	164
a) Fortwirkung der Grundrechte im Rahmen der Arbeitsverhältnisse der ehemaligen DDR .....	164
b) Zwischenergebnis .....	164
IV. Stellungnahme .....	164
C. Zusammenfassung .....	165
§ 12 Die Hochschulabwicklung im Spiegel der zeitgenössischen Medienlandschaft .....	166
§ 13 Zusammenfassung und Gesamtwürdigung .....	171

*Dritter Teil*

<b>Die juristische Abwicklung der Interflug</b> .....	180
§ 14 Die Treuhandanstalt als zentrale Einrichtung zur Privatisierung und Abwicklung .....	180
A. Zur Geschichte der Treuhandanstalt .....	180
I. Die Gründung der Ur-Treuhandanstalt .....	181
II. Die Aufgabenerweiterung im Zusammenhang des Treuhandgesetzes vom 17. Juni 1990 .....	184
III. Die Verfahrensweise der Treuhandanstalt bis zur Abwicklungentscheidung	187
B. Zwischenergebnis .....	189
§ 15 Die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion als Rahmenbedingung zur Schaffung von Privateigentum .....	190
§ 16 Die Abwicklung der Interflug .....	192
A. Zur Geschichte der Interflug .....	192
I. Die Gründung der Deutschen Lufthansa Ost in der DDR .....	192
II. Flughafen Berlin-Schönefeld als Basis der Interflug .....	197
III. Die Entwicklung der Interflug ab dem Jahr 1990 .....	198
1. Gescheiterte Übernahme durch die Lufthansa .....	198
2. Die juristische Entflechtung der Interflug .....	199

3. Die Grundsatzvereinbarung zwischen der Treuhandanstalt, Interflug und den ausgegliederten Flughafenbetrieben als juristische Rahmenbedingung .....	202
B. Zwischenergebnis .....	202
§ 17 Zu den Liquidationskonzepten .....	203
A. Zum ursprünglichen Liquidationskonzept vom 6. März 1990 .....	203
B. Das neue Liquidationskonzept .....	206
C. Unterstützung des Liquidators durch die Lufthansa AG .....	206
D. Zwischenergebnis .....	207
§ 18 Zur Verwertung der Flugmaschinen .....	207
A. 3 Flugzeuge des Typs Airbus A 310–314 .....	208
B. 5 Flugzeuge vom Typ Iljuschin IL-18 .....	210
C. 7 Flugzeuge vom Typ Iljuschin IL-62M und 15 Flugzeuge vom Typ Tupolew TU-134 A .....	211
D. Zwischenergebnis .....	212
§ 19 Zur Verwertung der Grundstücke .....	213
A. Die unterschiedliche Auslegung des § 11 Abs. 2 TreuhG zwischen der Treuhandanstalt und dem Bundesministerium für Finanzen .....	213
I. Die analoge Anwendbarkeit des § 11 Abs. 2 TreuhG auf die sog. Alt-GmbHs .....	213
II. Stellungnahme .....	215
B. Agrarflugplätze .....	215
C. Verkehrsflughäfen Berlin-Schönefeld, Erfurt, Leipzig und Dresden .....	217
D. Ferienobjekte und Fliegerzentrum .....	218
E. Teilbetrieb „Flugsicherung“ .....	219
F. Eigentumsrechtliche Lage an den von der Flugservice & Development GmbH Berlin Schönefeld genutzten Grundstücken .....	220
G. Zwischenergebnis .....	220
§ 20 Zur Abwicklung der Arbeitsverhältnisse .....	221
A. Grundsätzliches .....	221
B. Rechtsstreit bzgl. der Abfindungszahlung .....	222
C. Stellungnahme .....	223
D. Zwischenergebnis .....	224
§ 21 Die Abwicklung der Interflug im Spiegel der zeitgenössischen Medien .....	224
§ 22 Gesamtwürdigung .....	226
§ 23 Ein Vergleich der Ergebnisse des Zweiten und Dritten Teils .....	229
A. Sinn und Zweck der jeweiligen Abwicklung .....	230

B. Übergang auf ein neues Verfassungs- und Wirtschaftssystem .....	230
C. Begriffsbestimmung .....	231
D. Die Landesregierung und die Treuhandanstalt als jeweilige Verfügungsbefugte .....	231
E. Aufsicht .....	232
F. Kriterien zur Auflösungsentscheidung .....	232
G. Verfassungsrechtliche und prozessuale Fragen .....	233
H. Verzögerungen des Auflösungs- bzw. des Abwicklungsprozesses infolge unterschiedlicher Interpretation des Rechts .....	233
I. Die Bedeutung der Hochschullandschaft und der Interflug .....	234
J. Kritik in den zeitgenössischen Medien .....	234
<b>Anlage: Interview mit Hans Joachim Meyer am 9. Mai 2018 in der Katholischen Akademie in Berlin e.V.</b> .....	236
<b>Quellenverzeichnis</b> .....	247
<b>Rechtsprechungsverzeichnis</b> .....	253
<b>Gesetzesverzeichnis</b> .....	255
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	257
<b>Stichwortverzeichnis</b> .....	266

## **Abkürzungsverzeichnis**

a.A.	andere Ansicht
Absch.	Abschnitt
AktG	Aktiengesetz
Anl.	Anlage
ArbG	Arbeitsgericht
Art.	Artikel
BAG	Bundesarbeitsgericht
BArch	Bundesarchiv
Beschl.	Beschluss
BezG	Bezirksgericht
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BildG-DDR	DDR-Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem
bspw.	beispielsweise
Bundesministerium für Finanzen	Bundesministerium der Finanzen
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BvS	Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDR-Verf.	Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik
DÖD	Der öffentliche Dienst
EinigungsV	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands
etc.	et cetera
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
GG	Grundgesetz
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
Hochschul-VO (DDR)	DDR-Verordnung über die Aufgaben der Universitäten, wissenschaftlichen Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen mit Hochschulcharakter
HochschulberufVO-	DDR-Verordnung über die Berufung und Stellung der Hochschullehrer an den wissenschaftlichen Hochschulen
DDR	
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
i.S.v.	im Sinne von
Jg.	Jahrgang
Kap.	Kapitel

KreisG	Kreisgericht
LAG	Landesarbeitsgericht
LASA	Landesarchiv Sachsen-Anhalt, Magdeburg
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung, Verwaltungsrechts-Zeitschrift für die Länder Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
MDR	Mitteldeutscher Rundfunk
MittHV	Mitteilungen des Hochschulverbandes, Zeitschrift mit weiteren Nachweisen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NJ	Neue Justiz, Zeitschrift für Rechtsentwicklung und Rechtsprechung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht
OVG	Oberverwaltungsgericht
Politbüro	Politisches Büro des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion
RGBI.	Reichsgesetzblatt
Sachg.	Sachgebiet
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
sog.	sogenannte(n)
taz	die tageszeitung
Treuhandanstalt-Statut	Statut der Treuhandanstalt
TreuHG	Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens
u. a.	unter anderem
UAHW	Universitätsarchiv Halle-Wittenberg
Umwandl.-VO (DDR)	DDR-Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Kombinaten, Betrieben und Einrichtungen in Kapitalgesellschaften
Urt.	Urteil
UrTreuhandanstalt	Ur-Treuhandanstalt
UrTreuhandanstalt-Statut	Statut der Ur-Treuhandanstalt
v.	vom
VEB	Volkseigener Betrieb
VG	Verwaltungsgericht
VHO-DDR	Vorläufige Hochschulordnung der DDR
VIZ	Zeitschrift für Vermögens- und Immobilienrecht
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensordnung
WWSUVtr	Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik
z.B.	zum Beispiel
ZTR	Zeitschrift für Tarifrecht



# **Einleitung**

## **A. Hinführung zum Thema**

Zu Recht wird die deutsche Wiedervereinigung vom 3. Oktober 1990 als historische Einmaligkeit der deutschen Geschichte beschrieben. Sie markiert ein bis dato beispielloses Ereignis. Auch in rechtlicher Hinsicht ist die Abwicklung der staatlichen Strukturen eines ehemals eingeschränkt souveränen Staates einzigartig. Denn die deutsche Einheit brachte angesichts der Neuordnung des Wirtschaftssystems und der Verwaltungsstrukturen sowie der Auflösung bestehender Behörden und Institutionen eine Vielzahl komplexer Rechtsfragen öffentlich- und zivilrechtlicher Natur mit sich. Dies soll in dieser Arbeit anhand von zwei Beispielen aus dem wissenschaftlichen und ökonomischen Bereich analysiert werden.

Ein wesentlicher Aspekt der Wiedervereinigung bestand in der juristischen Abwicklung der Verwaltungsstrukturen und (öffentlichen) Einrichtungen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Zwar gab es bereits Mitte des 20. Jahrhunderts juristische Regelungswerke für die Behandlung übergeganger Einrichtungen, wie etwa das Eingliederungsgesetz von 1956, um den Beitritt des Saarlandes zu regeln. Die Wiedereingliederung des Saarlandes ist jedoch in Größe und Komplexität nicht annähernd vergleichbar mit der Herstellung der deutschen Einheit 1990. Bei der Abwicklung der Verwaltungsstrukturen der DDR mussten bis Ende 1990 über das Schicksal von ca. 1000 Einrichtungen entschieden werden.<sup>1</sup>

Der Auflösungs- und Abwicklungsprozess folgte dabei keineswegs einem einheitlichen Regelungsregime: Der Einigungsvertrag selbst beinhaltete eine Reihe von Regelungen, die nicht nur rechtlich unterschiedlich, sondern teilweise auch unvollständig ausgestaltet waren. In Art. 13 EinigungsV wurde beispielsweise nichts über das anzuwendende Verfahren gesagt, obwohl er die zentrale Regelung zur Abwicklung der Verwaltungsstrukturen der ehemaligen DDR war. Das Treuhandgesetz der letzten DDR-Volkskammer, welches durch Art. 25 EinigungsV anwendbar blieb, diente der Abwicklung nicht sanierungsfähiger Unternehmen der ehemaligen DDR und folgte einem eigenen Regelungsregime. § 8 TreuhG sah in diesem Zusammenhang die „Stilllegung und Verwertung“ vor. Die genannten Beispiele offenbaren bereits, dass die Abwicklung und Auflösung im Kontext der

---

<sup>1</sup> Deutscher Bundestag, Unterrichtung durch die Bundesregierung. Materialien zur Deutschen Einheit und zum Aufbau in den neuen Bundesländern, 08.09.1995, Drs. 13/2280, S. 51 unter 4., wobei nicht erkennbar wird, ob mit „Einrichtungen“ auch die Teileinrichtungen erfasst sind.

deutschen Einheit einen „Flickenteppich“ aus unterschiedlichsten Regelungswerken darstellen, die jeweils einzeln zu analysieren sind.

Die vorliegende Dissertation möchte deshalb einen rechtshistorischen, kritischen Beitrag zur genannten Thematik leisten, indem sie zwei unterschiedliche Abwicklungsregime zum Gegenstand ihrer Analyse macht.

Es zeigte sich nämlich bald, dass die Auflösung universitärer bzw. wissenschaftlicher Einrichtungen der ehemaligen DDR besondere juristische Schwierigkeiten bereitete. Nach Inkrafttreten des Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands („EinigungsV“)<sup>2</sup>, wurde unter anderem die Auflösung einer Vielzahl wissenschaftlicher (Teil-)Einrichtungen beschlossen. Hierzu zählten etwa die Sektion Sozial- und Politikwissenschaften der Friedrich-Schiller-Universität Jena oder die Abwicklung von fünf Fachbereichen der Humboldt-Universität zu Berlin. Die Dreh- und Angelnorm zur Abwicklung bildete dabei Art. 13 Abs. 1 Satz 4 EinigungsV.

Nicht alle Einrichtungen waren dazu bereit, die beschlossene Auflösung juristisch zu akzeptieren. Zahlreiche wissenschaftliche (Teil-)Einrichtungen und deren Arbeitnehmer erhoben anschließend Klage gegen die Abwicklung bzw. gegen die Auflösung ihrer Arbeitsverhältnisse. Die Rechtsprechung setzte sich daraufhin intensiv mit dem juristischen Abwicklungsmechanismus des Art. 13 Abs. 1 Satz 4 EinigungsV auseinander. Hierbei wurde deutlich, dass die juristische Auflösung der Hochschuleinrichtungen bzw. wissenschaftlicher Einrichtungen besonders komplexe Rechtsfragen des Verfassungs-, Verwaltungs-, Prozess- und des Zivilrechts nach sich zog. Dies wird auch durch einen Blick in die Rechtsprechung bestätigt, wonach der überwiegende Anteil der veröffentlichten Gerichtsentscheidungen zu Art. 13 Abs. 1 Satz 4 EinigungsV einen Bezug zur Hochschulaufklärung aufweist. Entscheidungen zur Behördendarstellung, etwa zu Ministerien oder Botschaften der ehemaligen DDR, finden sich hingegen kaum.

Die vorliegende Dissertation wird daher anhand der Rechtsprechung umfassend darstellen, um welche juristischen Probleme es sich bei der Hochschulaufklärung nach Art. 13 Abs. 1 Satz 4 EinigungsV handelte. Auch die Auffassung der zeitgenössischen Literatur sowie die Überlegungen der politischen Protagonisten werden berücksichtigt.

Die Abwicklung begrenzte sich keineswegs auf öffentliche (Teil)Einrichtungen und staatliche Verwaltungsstrukturen. Mit der Treuhandanstalt als zeitweise „größte Holding der Welt“ wurde eine Vielzahl von Unternehmen und volkseigenen Betrieben der ehemaligen DDR liquidiert. Wie bereits erwähnt, erfolgte die Abwicklung durch die Treuhandanstalt auf Grundlage des Treuhandgesetzes. Am Beispiel

---

<sup>2</sup> Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands v. 31.08.1990, BGBl., Teil II, S. 885 ff.

der ehemaligen staatlichen Airline der DDR, der Interflug Gesellschaft für internationalen Flugverkehr mit beschränkter Haftung, wird die Abwicklung durch die Treuhandanstalt juristisch untersucht. Hierbei soll herausgearbeitet werden, wie sich die Abwicklung juristisch vollzogen hat, ob etwa ein standardisiertes Verfahren existierte oder ob die Abwicklung individuell geplant wurde. Neben der genauen Dokumentation der Abläufe wird auch berücksichtigt, inwieweit den abzuwickelnden Einrichtungen Mitspracherechte zukamen.

## B. Stand der Forschung

Eine Monographie zu Art. 13 Abs. 1 Satz 4 EinigungsV existiert bis dato nicht, wohl aber eine Reihe von wissenschaftlichen Aufsätzen. Die Mehrheit dieser Beiträge stammt aus dem Jahr 1991 und thematisiert schwerpunktmäßig die sog. Warteschleifenentscheidung des BVerfG vom 24.04.1991.<sup>3</sup> Diese Entscheidung befasst sich aber nur mit der Verfassungsmäßigkeit der arbeitsrechtlichen Regelung der im öffentlichen Dienst stehenden Personen. Art. 13 EinigungsV bildet gerade nicht den Gegenstand dieser Entscheidung. Im Gegensatz dazu beschäftigt sich Fink zwar intensiver mit der Abwicklung der Hochschulen der ehemaligen DDR, nimmt dabei aber nur einzelne Aspekte in den Blick.<sup>4</sup> Günther thematisiert die Frage, ob die Abwicklungentscheidung gegenüber den Arbeitnehmern einen Verwaltungsakt darstellt.<sup>5</sup> Sein Beitrag erschien jedoch 1991 und konnte daher die spätere Rechtsprechung noch nicht berücksichtigen.

Prozessuale Fragen der Abwicklungsanfechtung wurden bereits von Germelmann und Körting thematisiert.<sup>6</sup> Die Beiträge erschienen allerdings ebenfalls im Zeitraum

---

<sup>3</sup> Etwa Berger-Delhey, Das sog. Warteschleifenurteil des Bundesverfassungsgerichts und seine Folgen, ZTR 1991, 418 ff.; ferner: Wolter, Das Bundesverfassungsgericht zur „Warteschleife“ nach dem Einigungsvertrag. Ansätze zur Erforschung eines neuen Rechtsinstituts, ZTR 1991, Ausgabe 7, 273 ff.; ebenso: Zundel, Nochmals: Zur Warteschleife des Einigungsvertrages – Bemerkungen zur „Warteschleife“, dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und den „Ansätzen zur Erforschung eines neuen Rechtsinstituts“, von Wolter, ZTR 1991, 311 ff.; Däubler, Die sogenannte Warteschleife auf dem verfassungsrechtlichen Prüfstand. Erste Konsequenzen aus dem Karlsruher Urteil, NJ 1991, 233 ff.

<sup>4</sup> Fink, Die Abwicklung v. Hochschuleinrichtungen der ehemaligen DDR und die Auswirkungen auf die Arbeitsverhältnisse der dort beschäftigten Arbeitnehmer, in: Wissenschaftsrecht, Wissenschaftsverwaltung, Wissenschaftsförderung: Zeitschrift für Recht und Verwaltung der wissenschaftlichen Hochschulen und der wissenschaftspflegenden und -fördernden Organisationen und Stiftungen, Bd. 26, 1993, S. 18 ff.

<sup>5</sup> Günther, „Abwicklungs“-Beschluß mit „Ruhens“-Folge als Verwaltungsakt gegenüber den Beschäftigten?, DÖD 1991, Ausgabe 10, 221 ff.

<sup>6</sup> Germelmann, Nochmals: Die prozessuale Überprüfbarkeit der Auflösungsentscheidung nach Art. 13 EinigungsV, NZA 1991, 629 ff.; Körting, Keine gesonderte Anfechtung beider Abwicklung von Einrichtungen der ehemaligen DDR, NZA 1992, 205, 206. Germelmann, Nochmals: die prozessuale Überprüfbarkeit der Auflösungsentscheidung nach Art. 13 EinigungsV, NZA 1992, 207 ff.